



OSTALBKREIS

**Information des Landratsamts Ostalbkreis
nach Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
zur Erhebung personenbezogener Daten**

Umweltmeldungen

Es besteht die Möglichkeit, beim Landratsamt Ostalbkreis Umweltmeldungen einzureichen, um die zuständigen Stellen der Landkreisverwaltung über Verstöße gegen umweltrechtliche Gesetze und Vorschriften zu informieren. Die eingegangenen Meldungen werden von uns vertraulich behandelt, eine Weitergabe kann allerdings im Rahmen von Ermittlungsverfahren erfolgen. Nach Eingang Ihrer Meldung wird der Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht nach Prüfung des Sachverhalts geeignete Maßnahmen ergreifen. Im Zusammenhang mit den eingegangenen Umweltmeldungen werden personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und gespeichert.

Wir informieren Sie gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) im Folgenden über den Umgang mit den bei uns verarbeiteten personenbezogenen Daten:

Verantwortlicher:

Verantwortlich für die rechtmäßige Verarbeitung der o.g. Daten ist das Landratsamt Ostalbkreis, Stuttgarter Straße 41, 73430 Aalen. Verantwortlicher ist der Landrat. Sie erreichen uns telefonisch unter 07361 503-0 und per Mail unter info@ostalbkreis.de.

Verantwortlicher Geschäftsbereich: Umwelt und Gewerbeaufsicht

Datenschutzbeauftragter:

Unser Datenschutzbeauftragter ist unter datenschutz@ostalbkreis.de zu erreichen.

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung, verarbeitete Daten und Datenweitergabe:

Meldende Personen haben die Möglichkeit, ihre personenbezogenen Daten (Vor- und Nachname, Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer, Telefonnummer und Mail-Adresse) anzugeben. Die eingegangenen Meldungen werden von uns vertraulich behandelt. Wenn die betreffenden Daten angegeben werden, werden diese für die Dauer des Verfahrens von uns gespeichert, um z.B. für Rückfragen Kontakt aufnehmen zu können. Eine Datenweitergabe an Stellen außerhalb der Landkreisverwaltung kann ggf. zu weiteren Ermittlungszwecken sowie Zwecken der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten erfolgen.

Des Weiteren werden personenbezogene Daten von Personen erfasst, verarbeitet und gespeichert, die von den meldenden Personen angegeben werden. Hierbei kann es sich insbesondere um Postleitzahlen, Orte, Straßenbezeichnungen, Hausnummern, KFZ-Kennzeichen, Flurstücksnummern, Gemarkungsbezeichnungen, Beweisfotos mit erkennbaren Personen und weitere Angaben bzw. Informationen handeln.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) in Verbindung § 4 des Landesdatenschutzgesetzes Baden-Württemberg (LDSG).

Dauer der Datenspeicherung, Löschung:

Die Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht. Grundsätzlich erfolgt eine Löschung, wenn die betreffenden Daten für das jeweilige Verfahren nicht mehr notwendig sind. Die Entscheidung über den konkreten Löschtermin wird im Einzelfall getroffen und ist verfahrensabhängig.

Weitere Rechte:

Bezüglich Ihrer Daten haben Sie ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), sofern die entsprechenden Voraussetzungen nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung hierfür gegeben sind.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Derartige Verfahren werden nicht eingesetzt.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Soweit Sie sich durch die Verarbeitung personenbezogener Daten in Ihren Rechten verletzt fühlen, steht Ihnen ein Recht zur Beschwerde beim

Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Postfach 102932
70025 Stuttgart
Tel.: 0711 / 615541-0
Fax: 0711 / 615541-15
poststelle@fdi.bwl.de zu.